für die
volks-
macht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML)

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2.

P. b. b. Verlagspostamt 1200 Wien
Erscheinungsort Wien



Telefon 33 87 774
Zuschriften an:
1205 Wien, Fach 3

Schuld ist immer das Opfer



Jetzt wissen wir es endlich, warum es zu wenig Spitalsbetten gibt, und jetzt erfahren wir auch, daß es nur zu unserm Besten ist, wenn die Fleisch- und überhaupt die Lebensmittelpreise steigen. Wir fressen nämlich zuviel. Ja, Sie und ich, lieber Leser, und deshalb sind wir krank und liegen zu oft im Spital. Sie glauben's nicht? Dann lesen Sie die „Kronen-Zeitung", dort steht es schwarz auf weiß. Wobei sich der Zeichner sogar noch die Mühe machte, Herrn und Frau Österreicher darzustellen, natürlich beim Heurigen, wo sie fressen und saufen, bis sie vom Sessel rutschen und von Sanitätern weggetragen werden.

Sie, werter Leser, waren noch nie wegen Fettsucht oder Alkoholvergiftung in Behandlung? Sonderbar, ich auch nicht. Ebensowenig meine Kollegen, die in den Backhendlstationen und beim legendären Heurigen eher selten gesehene Gäste sind. Die vielzitierten „Zivilisationsschäden", an denen unsere Gesellschaft im wahrsten Sinne des Wortes krankt, scheinen also nur bedingt mit Speis' und Trank zu tun zu haben. Obwohl die Lebensmittel, die uns täglich angeboten werden, sicher nicht gesundheitsfördernd sind, wenngleich aus einem andern Grund: Zum Beispiel die quecksilberhältigen Fische aus den von der Industrie verseuchten Gewässern (Kläranlagen werden kaum gebaut, sie würden den Profit beschneiden) oder das mit DDT vergiftete Obst und Gemüse. Von den Bundesheer- und öffentlichen Küchen, die mittels Salmonellen und verdorbener Konserven schon ganze Spitäler gefüllt haben, wollen wir in diesem Zusammenhang erst gar nicht reden.

Aber der Krankheitserreger Kapitalismus ist selbstverständlich nicht nur auf dem Nahrungsmittelsektor tätig, sondern auch überall sonst, wo er sich auf Kosten der Gesundheit anderer gesundstoßen kann. So hat schon manche Hausfrau infolge der geballten Kraft eines neuen Waschmittels sozusagen als Nebenprodukt zur zerschlissensten Weißwäsche ihres Lebens auch Hautkrankheiten bekommen. Und die dicke Luft, die dank eingesparter Filteranlagen in der Nähe von Industriebetrieben herrscht, macht selbst die zarten Lungenflügel eines Nichtrauchers binnen kurzem genau so aschgrau wie die eines Kettenrauchers.

Es ist demnach nicht alles so, wie sich's der kleine Mac von der „Kronen-Zeitung" vorstellt. Wenn heute allerhand neue Krankheiten auftreten, dann muß nicht unbedingt die Freßgier von Herrn und Frau Österreicher dran schuld sein. Es ist viel wahrscheinlicher, daß uns die Profitgier der Herren Unternehmer langsam, aber sicher vergiftet. Doch wie soll der Mac das darstellen? Einen Kapitalisten, der Wald und Flur, Atemluft und Wasser chemisch verseucht? Das darf er nicht, der Mac. Sonst verliert seine „unabhängige" Zeitung ihre fetten Inserate. Und der Mac seinen Posten. ●

für die volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

Einzelpreis S 3,–
Jahresabonnement S 30,–

Nummer 85 · April 1974



Am 1. Mai

um 12.30 Uhr findet die gemeinsame Kundgebung des Kommunistischen Bundes Wien und der VRA statt (vor dem Maria-Theresia-Platz, gegenüber dem Burgtor). Anschließend Demonstrationsmarsch vom Burgring zum Bayrischen Hof, Wien 2, Taborstraße.

Zwei Briefe zum Thema Einheit

In der März-Nummer habe ich sehr aufmerksam den Artikel "Nur die Einheit macht stark" gelesen. Von hier aus kann ich nicht beurteilen, ob zum gegenwärtigen Zeitpunkt die nötigen Voraussetzungen vorhanden sind oder nicht. Von den Umständen hängt es ja ab, ob etwas richtig ist oder nicht.

Daß eine Einigung gut und richtig wäre, steht außer Zweifel. Aber ein aus revolutionärer Sicht positives Ergebnis ist wohl nur zu erwarten, wenn eine Einheit auf der Basis des erwähnten Artikels erfolgen kann. Keine der einigungswilligen Gruppen kann und darf den Anspruch erheben, allein den Marxismus-Leninismus gepachtet zu haben. Konsequente Pflege von Kritik und Selbstkritik ist notwendig. Und eine der wesentlichsten Voraussetzungen ist wohl das Begreifen, daß es immer zwei Strömungen innerhalb der Vereinigung geben wird: eine Strömung, die den proletarisch-revolutionären Weg geht, und eine entgegengesetzte.

Das sind nur einige Voraussetzungen für eine erfolgversprechende Einigungsbestrebung, die vorerst noch gar nicht die Gründung der revolutionären Partei des Proletariats zum Ziel hat, sondern diesem Ziel nur dienen soll.

Wenn es allen ehrlich ums "Ziel" geht und alle von dem Bestreben geleitet sind, den werktätigen Volksmassen zu dienen - "in extremis" -, so müßten solche Einigungsbestrebungen doch erfolgreich sein.

Ich würde Euch ersuchen, mir ein Abonnement einer ML-Studentenzeitung zu vermitteln, damit ich mir selbst ein objektives Bild darüber machen kann.

Es gibt - vor allem international gesehen - viele Gruppen und Strömungen innerhalb der revolutionären Bewegung. Da muß man sehr achtgeben, um nicht eines schönen Tages zu erleben, im Dienste der Reaktion tätig gewesen zu sein. Heute ist es für einen ehrlichen Revolutionär immer wichtig, sich zu vergewissern, ob konsequent die richtige politische Linie verfolgt wird. Die kann nur der Marxismus-Leninismus, die Maotsetungideen zur Basis haben. Der Prüfstein dafür ist die Praxis. K.G. ●

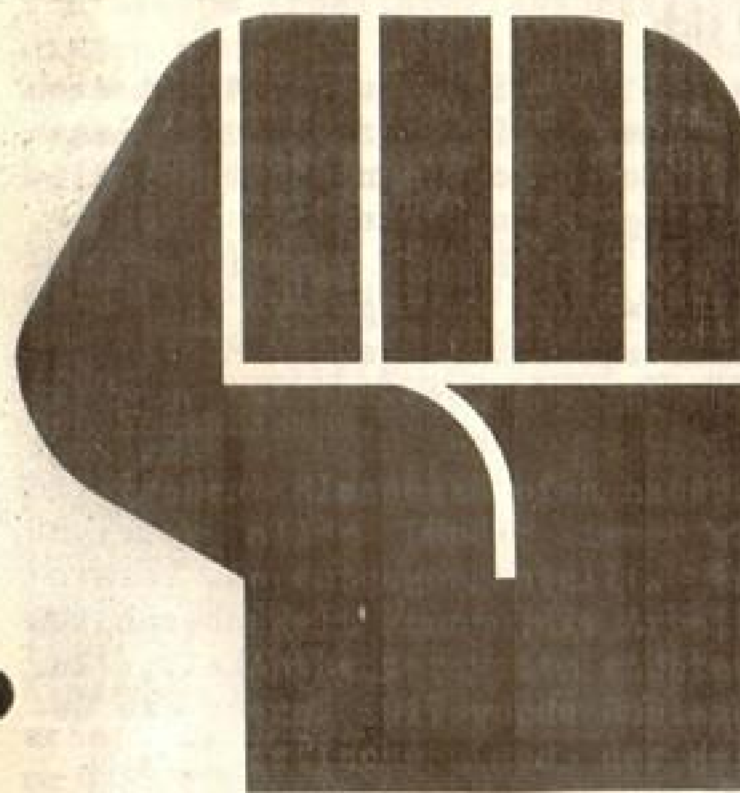
Mit großem Interesse habe ich den Artikel in der "Volksmacht" über die Einheit der ML-Bewegung in Österreich gelesen. Es ist wirklich an der Zeit, darüber zu diskutieren und mich würde es freuen, wenn dazu Stellungnahmen in den Organen anderer ML-Gruppen erscheinen würden.

Die Welt treibt immer schneller einer Krise zu. Das internationale Geschmeiß von imperialistischen Reaktionären und Sozialimperialisten mit ihren revisionistischen Lakaien in allen Ländern klammert sich mit aller Gewalt an die Macht, die ihnen die Völker der Welt streitig machen. Dabei steigen ständig die Gegensätze zwischen den herrschenden Cliquen. Sowohl die "alten" Monopolkapitalisten als auch die "neuen" kapitalistischen Machthaber in den ehemaligen sozialistischen Ländern befinden sich wirtschaftlich in einer Sackgasse. Österreich ist von dieser Entwicklung nicht ausgenommen und befindet sich zudem noch im Kreuzungsfeld imperialistischer Gegensätze. Die Bourgeoisien in Westeuropa treffen alle Vorbereitungen, wenn das Regieren mit dem parlamentarischen Mummenschanz nicht mehr weitergeht, die verschiedensten Formen faschistischer Diktatur zu errichten. Den Marxisten-Leninisten in allen Ländern und natürlich auch bei uns in Österreich erwächst daraus eine ungeheure Verantwortung: Entweder werden starke marxistisch-leninistische Parteien die Volksmassen zur Revolution führen oder wir werden erst nach ungeheuren Opfern, die der Faschismus und der zwangsläufig daraus entstehende Krieg bringen wird, die Revolution durchführen können. Angesichts so einer Perspektive müßten alle kleinen und kleinlichen "Streitereien" unter den ML-Gruppen verstummen und die Bestrebungen zur Einheit mit aller Kraft vorangetrieben werden. Freilich darf man dabei nicht prinzipienlos werden. Das schließt aber nicht aus, daß man die Sache ehrlich angehen kann.

Wenn ich einen Vorschlag machen kann: Wie wäre es, wenn zunächst einmal Vertrauensmänner aller in Österreich bestehenden ML-Gruppen zu einer Aussprache zusammenkommen würden, wobei man die politische Lage und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die ML-Bewegung in Österreich beraten könnte. G.Z. ●

Es lebe der 1. Mai, der internationale Kampftag der Arbeiterklasse

Maiaufruf des Kommunistischen Bundes Wien und der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter



Mehr als 80 Jahre sind vergangen, seit 1890 zum ersten Mal die klassenbewußten Arbeiter am 1. Mai auf die Straße gingen und in machtvollen Demonstrationen ihre Entschlossenheit zum Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung zum Ausdruck brachten. Der 1. Mai ist seit mehr als 80 Jahren der internationale Kampftag der Arbeiterklasse. Die Arbeiter aller Länder feiern an diesem Tag ihr Erwachen zum bewußten politischen Leben. Sie bringen die Unversöhnlichkeit ihrer Interessen mit dem Kapitalismus zum Ausdruck. Sie zeigen ihre Feindschaft gegen die herrschende Ausbeuterklasse und gegen deren Herrschaftsinstrument, den bürgerlichen Staat. Sie demonstrieren für den Sturz der bestehenden Gesellschaftsordnung und für den Sieg des Sozialismus und Kommunismus.

In großen Klassenkämpfen haben sich die Arbeiter aller Länder immer wieder der Bourgeoisie entgegengestellt. In einigen Ländern der Welt konnte die Arbeiterklasse das alte Ausbeutersystem stürzen und die Macht erobern. 1917 wurde Rußland das erste sozialistische Land der Welt. Heute kann die Arbeiterklasse in China und Albanien sowie in der Koreanischen Volksdemokratischen Republik und in der Demokratischen Republik Vietnam am 1. Mai bereits ihre Erfolge beim Aufbau einer neuen, sozialistischen Gesellschaft feiern.

Auch die österreichische Arbeiterklasse hat große Schlachten gegen die kapitalistische Ausbeuterordnung geschlagen. 1918 versuchte sie das System zu stürzen, das den imperialistischen Weltkrieg mit seinen Millionen Toten, Elend und Not über die Völker gebracht hat. 1934 stellte sie sich heldenhaft dem Vormarsch des Faschismus entgegen. 1950 antworteten hunderttausende Arbeiter mit Massenstreiks auf die massive Verschlechterung ihrer Lage durch Inflation und Lohnraub, die der Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaft nach dem 2. Weltkrieg mit sich brachte.

Die österreichische Arbeiterklasse steht vor derselben Aufgabe wie ihre Klassenbrüder in den anderen kapitalistischen Ländern. Solange der Kapitalismus besteht, ist die Arbeiterklasse eine ausgebeutete und rechtlose Klasse. Um ihre Lage zu ändern, muß sie im tagtäglichen Kleinkrieg gegen das bestehende System Kräfte sammeln für den Sturz dieses Systems. Sie muß die herrschende Klasse stürzen, ihren staatlichen Verwaltungs- und Unterdrükkungsapparat zerschlagen, selber die politische Macht erobern. Sie muß mit Hilfe der neuen, proletarischen Staatsmacht das Privateigentum an den Produktionsmitteln abschaffen, die Maschinen, Fabriken und alle Produktionsmittel der Verfügung einer kleinen Minderheit kapitalistischer Schmarotzer entreißen und in die eigenen Hände nehmen.

Für dieses Ziel, den Sturz der Bourgeoisie und die Errichtung der Volksherrschaft, werden am 1. Mai Millionen Arbeiter Europas und Nordamerikas demonstrieren. Die Arbeiter der sozialistischen Länder werden den 1. Mai begehen im Zeichen der Freude über ihre Erfolge beim Aufbau des Sozialismus und in der festen Entschlossenheit, die revolutionäre Umwälzung aller gesellschaftlichen Verhältnisse fortzuführen, bis zur Errichtung der klassenlosen Gesellschaft, des Kommunismus.

Die Arbeiter in den unterdrückten Ländern der Dritten Welt werden am 1. Mai ihre Entschlossenheit zum Kampf gegen Imperialismus, für nationale Unabhängigkeit und für soziale Befreiung zum Ausdruck bringen. Der 1. Mai wird Zeugnis ablegen, daß die Kampffront der Arbeiter aller Länder und der unterdrückten Völker ständig wächst und erstarkt.

Die Haupttendenz auf der Welt ist die Revolution

Im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus, gegen die Hegemoniebestrebungen der beiden imperialistischen Supermächte USA und Rußland haben die unterdrückten Völker und Nationen weitere Fortschritte erzielt. Die Völker von Vietnam, Laos und Kambodscha konnten großartige Siege über den US-Imperialismus davontragen. Die Völker im Süden Afrikas und in Guinea-Bissau beharrten in ihrem bewaffneten Kampf gegen die Kolonial- und Rassistenregimes. Der Widerstandskrieg der arabischen Völker und des palästinensischen Volkes gegen die israelischen Aggressoren durchbrach den Zustand von "weder Krieg noch Frieden", den die beiden Supermächte im Nahen Osten geschaffen haben. Die Völker Lateinamerikas hielten fest an ihrem Kampf gegen den US-Imperialismus, für nationale Unabhängigkeit und soziale Befreiung.

Zugleich erzielten die Völker der sozialistischen Länder neue Erfolge bei der Festigung der Diktatur des Proletariats und im Kampf gegen alle Kräfte, die den Sozialismus von innen her untergraben und, wie in der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten, die alte Ausbeuterordnung wiederherstellen wollen. Der erfolgreiche Aufbau des Sozialismus in China, Albanien, der Koreanischen Volksdemokratischen Republik und in der Demokratischen Republik Vietnam ist eine große Hilfe für die Völker der Welt; die sozialistischen Länder sind das feste Hinterland der Weltrevolution.

Die Arbeiterklasse in den entwickelten kapitalistischen Ländern Europas und Nordamerikas nimmt nach einer Periode der relativen Ruhe im Klassenkampf erneut den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung auf. Die Völker Portugals, der Türkei und vor allem Spaniens und Griechenlands stehen gegen den Faschismus auf. In Rußland und den osteuropäischen Ländern nehmen die Arbeiter und die Volksmassen den Kampf gegen das neue Ausbeutungssystem auf, das die Revisionisten nach dem Tode Stalins aufgerichtet haben.

Überall auf der Welt rebellieren die Arbeiter- und Volksmassen gegen Kapitalismus und Imperialismus. Wo sie - wie in Chile - zeitweilige Niederlagen erleiden, beginnen sie rasch in Streiks und Demonstrationen erneut Kräfte zu sammeln zum Sturz der herrschenden Klasse. Der internationale Klassenkampf entfaltet sich stürmisch. Jeder Tag bestätigt aufs Neue, daß nicht die Völker den Imperialismus, sondern der Imperialismus die Völker zu fürchten hat.

Der Klassenkampf in Österreich verschärft sich

Die Krise des Imperialismus vertieft sich auch in Österreich. Die herrschende Klasse wird ihrer politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten immer schwerer Herr. Sie versucht die Krisen auf die Lohnabhängigen abzuwälzen und greift die materiellen Existenzbedingungen der Massen an. Die Inflationsraten erreichen fast schon 10 Prozent und werden weiter steigen. Die Steuerausplünderung durch den Staat wird immer unerträglicher. Im Betrieb steigen Arbeitshetze und Akkordschinderei. Vereinzelt kommt es zu Kurzarbeit, unbezahltem Zwangsurlaub und Arbeitslosigkeit. Zur Verschlechterung der Lage kommt die Gefährdung der Existenz.

Diese Verschlechterung der materiellen Lage ist die entscheidende Ursache dafür, daß sich die wachsende Empörung über die herrschenden Zustände in Kampfbereitschaft verwandelt und die Volksmassen beginnen, gegen die bestehenden Verhältnisse zu rebellieren.

Vor allem in den Betrieben, den Dreh- und Angelpunkten der Gesellschaft gärt es. Mieter schließen sich gegen die Wohnbaukapitalisten zusammen und setzen sich gegen Verschlechterung und Verteuerung ihrer Wohnbedingungen zur Wehr. In immer mehr Bereichen der Gesellschaft wächst der Unmut gegen die Maßnahmen der herrschenden Klasse und ihres Staates. Die Krise der bürgerlichen Gesellschaft schlägt sich nieder in Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Kapitalisten, zwischen den Volksmassen und dem bürgerlichen Staat. Das Vertrauen in den Staat und in die bürgerlichen Parteien bröckelt ab und das Vertrauen auf die eigene Kampfkraft wächst.

In dem Maße als die bürgerlichen Vorurteile der Massen in Brüche gehen und die bürgerliche Herrschaft in Frage gestellt wird, wird es für die Bourgeoisie eine Lebensfrage, dagegen politische Maßnahmen zu ergreifen. Die Aufforderungen der Kapitalisten und ihrer Regierung zum "Konsumverzicht", "den Gürtel enger zu schnallen", sind nur ein Teil ihrer Krisenpolitik. Die Bourgeoisie ist auf Grund der Verschärfung der Konkurrenz auf dem Weltmarkt nicht mehr imstande, Kompensationen für die Verschärfung der Ausbeutung durch geringfügige Reallohnsteigerungen zu gewähren und die Arbeiter dadurch an sich zu binden. Sie muß sich auf die Verschärfung der Klassenwidersprüche und auf die politische Knebelung der Arbeiterklasse und des Volkes orientieren. Dazu dient das eben beschlossene Arbeitsverfassungsgesetz, dazu dienen einzelne staatliche Maßnahmen wie der "autolose Tag", um die Volksmassen an massive Eingriffe des Staates in das gesellschaftliche Leben zu gewöhnen.

Angesichts der sich verschärfenden Krise des Imperialismus stellt sich der Arbeiterklasse die Aufgabe, den wirtschaftlichen mit dem politischen Kampf zu verbinden. Die Arbeiterklasse muß den politischen Kampf gegen den bürgerlichen Staat aufnehmen und sich an die Spitze aller demokratischen Volksbewegungen stellen. Sie muß im selbständigen Kampf um ihre wirtschaftlichen Interessen den Einfluß der Klassenversöhnler in Betrieb und Gewerkschaft zurückdrängen und den Kampf führen, um die Gewerkschaft zu einem Instrument im Klassenkampf zu machen.

Dieses Ziel kann die Arbeiterklasse nur erreichen, wenn sie sich selbständig politisch organisiert und sich eine eigene Partei schafft, die sie in den Kampf um den Sozialismus führt. Diese neue Partei im Klassenkampf aufzubauen, die klassenbewußten Arbeiter und die revolutionären Menschen aus den anderen Teilen des Volkes in ihren Reihen zusammenzuschließen, ist das nächste Ziel der österreichischen kommunistischen Bewegung. In Wien kämpfen der Kommunistische Bund Wien und die Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten) für dieses Ziel.

Der 1. Mai muß wieder zum Kampftag der Arbeiterklasse werden

Die SPÖ hat sich schon vor Jahrzehnten mit der bürgerlichen Gesellschaft ausgesöhnt. Heute ist sie direkt eine Partei der Kapitalisten und sie führt als Regierungspartei deren Staatsgeschäfte. Es ist kein Wunder, daß die SPÖ-Führung vom internationalen Kampftag der Arbeiter nichts wissen will und den 1. Mai am liebsten überhaupt verschwinden lassen will, wie sie es in vielen Bundesländern bereits getan hat. In Wien ist die Tradition des 1. Mai zu stark. Aber wenn die Arbeiter schon marschieren, dann sollen sie das nicht für die eigenen Interessen tun. Zur Propaganda für die Regierung sollen sie auf die Straße gehen. Für eine Regierung, die, genau wie die ÖVP-Regierung vor ihr, Tag für Tag eine Politik gegen die Arbeiterklasse und für die Kapitalisten betreibt.

Auch die "K"PÖ hat sich mit dem Kapitalismus ausgesöhnt. Ihr Ziel sind Reformen innerhalb des Kapitalismus, nicht der Sturz dieses Systems. Ihre Reformpläne laufen auf die Zusammenarbeit der Arbeiter mit den Kapitalisten und mit dem bürgerlichen Staat hinaus und hindern die Arbeiterklasse, den Kampf um die sozialistische Revolution erfolgreich zu führen. Auf internationaler Ebene ordnet sie sich der Politik der russischen Sozialimperialisten unter.

Beide, SPÖ und "K"PÖ, haben die Sache der Arbeiterklasse und des Sozialismus verraten. Beide haben sie daher auch die Tradition des 1. Mai verraten. Die einen sind offen für die Zusammenarbeit mit den Kapitalisten, die anderen sind in Worten dagegen, aber in der Praxis ist ihnen ihr ruhiges Leben im bestehenden kapitalistischen System mehr wert als der Klassenkampf. Am 1. Mai im Zuge der SPÖ marschieren heißt für die Arbeiterschaft, gegen die eigenen Interessen und für die der Kapitalisten marschieren. Am 1. Mai im Zug der "K"PÖ marschieren heißt, für eine Alternative marschieren, die keine ist, und für einen "Ausweg" aus dem Kapitalismus, der nur eine bürgerliche Sackgasse ist.

Die klassenbewußten Arbeiter und alle revolutionären Menschen haben allen Grund und alles Interesse, am 1. Mai gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu demonstrieren. Sie haben allen Grund, am 1.Mai ihre Entschlossenheit zum Ausdruck zu bringen, den Klassenkampf voranzutreiben und eine marxistisch-leninistische Vorhutorganisation zu schaffen, die die Arbeiterklasse in den Kampf um den Sozialismus führt.

Reiht Euch ein in den Demonstrationszug des Kommunistischen Bundes Wien und der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter!

PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH UND BESIEGT DEN IMPERIALISMUS!

VORWÄRTS IM KAMPF FÜR DIE RECHTE DER ARBEITERKLASSE UND DES VOLKES!

VORWÄRTS IM KAMPF UM DEN SIEG DES SOZIALISMUS!

★

Kundgebung um 12.30 Uhr am Burgring beim Maria-Theresien-Denkmal. Anschließend Demonstration über den Ring zum Bayrischen Hof.



Ein Land ohne Steuern

Die Volksrepublik Albanien ist das einzige Land Europas ohne Steuern. Kein Albaner zahlt wie immer auch geartete Steuern. Wie ist es dazu gekommen.

Von allem Anfang an verfolgte der Staat der Diktatur des Proletariats das Ziel, die Steuern für die Werktätigen abzuschaffen. Es war die Politik der albanischen Kommunisten, mit der Steuerpolitik die entmachteten Ausbeuterklassen zu treffen, die arbeitenden Menschen aber in zunehmendem Maße von der Besteuerung ihres Einkommens zu entlasten.

Nach der Befreiung wurde eine außerordentliche Besteuerung der Kriegsgewinnler eingeführt. Diese harte Progressivsteuer richtete sich gegen die Kaufleute und Fabrikanten, welche sich während der italienischen und deutschen Okkupation enorm bereichert hatten. Wer diese Steuern nicht bezahlte, dessen Vermögen wurde beschlagnahmt. Auf diese Art und Weise enteignete die Volksmacht einen großen Teil der Ausbeuter und erhielt Mittel für den Wiederaufbau des Landes, für Sozialleistungen und für den Aufbau der Landesverteidigung.

Auch während der Kollektivierung der Landwirtschaft griff der Staat zu einer hohen Besteuerung der ländlichen Bourgeoisie, der Großbauern. Den Genossenschaften hingegen wurden Vergünstigungen gewährt bzw. sie wurden gänzlich von der Steuer befreit.

Der sozialistische Staat bezieht seinen Reichtum im wesentlichen aus der sozialistischen Industrie. Mit deren Wachstum verlor die Besteuerung der Werktätigen an Bedeutung. Aus der Besteuerung der Bevölkerung bezog der Staat 1945/46 rund 90 Prozent seiner Einnahmen. Nicht einmal 20 Jahre später waren es nur noch 0,1 Prozent. Damit war es möglich geworden, die Steuern völlig abzuschaffen. Das geschah während des 4. Fünfjahrplans (1966-71).

Der kapitalistische Staat verfolgt eine vollkommen entgegengesetzte Steuerpolitik. Wie diese aussieht, das spüren wir ja selber. Die Aussackelung der arbeitenden Menschen durch den Staat hat sich in den vergangenen Jahren ins Unerträgliche gesteigert. Auch die bürgerlichen Parteien (einschließlich der "K"PÖ) reden jetzt schon von der Notwendigkeit einer Lohnsteuerreform. Aber in Wirklichkeit wollen sie damit das Volk nur von der Teuerung ablenken und beschwichtigen.

Außerdem ist der Lohnsteuerdruck auf Grund ihrer "Reformen" noch nie geringer geworden. Es war im allgemeinen immer nur eine Augenauswischerei. Die Lohnsteuer ist auch nicht das Hauptmittel der Ausplünderung der arbeitenden Menschen. Dieses sind die indirekten Steuern (Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer usw.), die in den Preisen enthalten sind. Allein die Mehrwertsteuer soll in diesem Jahr dem Fiskus doppelt soviel einbringen wie die Lohnsteuer. ●

„Ungerecht und einseitig ..."

nannten 50 Prozent der Befragten bei einer Umfrage in Westdeutschland die Verteilung von Vermögen und Eigentum in diesem Land. Sie fordern "wesentliche Änderungen". 25 Prozent hatten keine Meinung und ebenfalls nur 25 Prozent hielten die gegenwärtige soziale Struktur für richtig.

Wenn wir Marxisten-Leninisten erklären, die Völker wollen die Revolution, so begegnen wir, zumindest was die europäischen Völker anbelangt, ungläubigem Lächeln. Nun, 50 Prozent der befragten deutschen Bundesbürger, also ein großer Teil der arbeitenden Bevölkerung, wünschen eine "wesentliche Änderung" der Verhältnisse, und das in einer Hochburg des Kapitalismus. Diese "Änderung" bedeutet aber die Revolution.

An vielen Kleinigkeiten läßt sich erkennen, daß die Situation für den proletarischen Kampf ausgezeichnet ist. Auch bei uns in Österreich. Die Bonzen in der Gewerkschaftsführung und der SPÖ haben alle Hände voll zu tun, um ihre unzufriedenen Parteigänger zu beschwichtigen. Auf die Dauer wird ihnen das aber nicht gelingen. Aus den SP-Arbeitern werden sich Kräfte herauskristallisieren und einen Weg suchen, wie die Arbeiterinteressen ehrlich und richtig vertreten werden können. Diesen Weg zu weisen und auf eine solidarische Kampffront der österreichischen Arbeiter hinzuarbeiten ist Aufgabe der marxistisch-leninistischen Vorhut. ●

für die volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)



Opposition Regierung Kapital

Die Teuerungswelle rollt unaufhaltsam weiter. Die „offizielle" Steigerung der Lebenshaltungskosten wird schon im Mai zweistellig sein, also 10 Prozent überschreiten. Dabei ist es leider so, daß der offizielle Index an die Wahrheit genauso wenig herankommt wie die treuherzigen Erklärungen der diversen Minister. Was die arbeitenden Menschen hauptsächlich zum Leben brauchen, das ist im Index nämlich nur zum Teil berücksichtigt. Die tägliche Erfahrung zeigt vor allem den Hausfrauen, daß Preiserhöhungen von 15 bis 20 Prozent keine Seltenheit sind. Der werktätigen Bevölkerung gegenüber gaukeln Fernsehen, Radio und Zeitungen ein Bild „heroischen Kampfes" der Politiker aller Schattierungen gegen die Inflation vor, der aber trotz aller „Bemühungen" erfolglos bleibt. Da gibt es „Krisengipfel", „Sofortmaßnahmen", „Phasen 1 bis 4 der Stabilitätspolitik", „Big Bargain" (englisch klingt's offenbar besser) und so weiter. Die Bonzen aller Parteien und des Gewerkschaftsbundes haben jedoch nur ein Ziel vor Augen: Die Arbeitenden sollen glauben, daß alles getan wird, was getan werden kann, um die Inflation „einzudämmen", aber alles vergebens. Und so zeigt man uns die Inflation als eine Hydra, der man einen Kopf abschlägt, an dessen Stelle aber zwei nachwachsen, die uns zu verschlingen drohen. Und natürlich sollen wir arbeitenden Menschen gegenüber dieser „Erscheinung" diszipliniert und ruhig bleiben, bis sie vorbei ist. Geduldig sollen wir ein scheinbar unabänderliches Schicksal ertragen.

An dem allem ist aber gar nichts „Schicksalhaftes".

Inflation, Lohnsteuerreform: Die Komödie der Verwirrungen

Es ist ganz einfach das Gesetz des Kapitalismus, daß sich die Mächtigen auf Kosten der Arbeitenden bereichern. Jahrzehntelang schon holen sich die Geldsäcke mittels einer Politik der gelenkten „schleichenden" Inflation Superprofite. Erinnern wir uns, daß sie schon vor Jahren gesagt haben, „zwei, drei Prozent Geldentwertung sind normal". Dann wurden fünf, sechs Prozent daraus. Und mit der zunehmenden Verschärfung der kapitalistischen Widersprüche hat sich die schleichende Inflation in eine galoppierende verwandelt. Doch das ist ganz logisch. Denn die kapitalistische Konkurrenz, Überproduktion, Absatzschwierigkeiten, Währungschaos haben das System weltweit in eine schwere Krise geführt. Dazu

VRA

Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

An jedem Freitag ab 20 Uhr finden in unserem Lokal Diskussionen statt: Wien 20, Universumstraße 40. Gäste sind uns herzlich willkommen.

Telefon 33 87 774

Am 1. Mai

findet die gemeinsame Kundgebung des Kommunistischen Bundes und der VRA um 12.30 Uhr am Burgring statt (vor dem Maria-Theresia-Platz, gegenüber dem Burgtor). Anschließend gibt es einen Demonstrationsmarsch vom Burgring zum Bayrischen Hof, Wien 2, Taborstraße.

Drucksache

70-Groschen-Marke

An die
Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML)

Postfach 3
1205 Wien

kommt noch, daß sich die ehemaligen Kolonialländer nicht mehr so ausbeuten lassen wie früher, daß sie sich vollkommen berechtigt gegen Ausbeutung und Unterdrückung durch die kapitalistisch-imperialistischen Länder zur Wehr setzen. Aber die Kapitalisten brauchen ganz einfach jemanden, der ihnen ihr süßes Leben bezahlt, und wenn sie keine fremden Völker mehr ausplündern können, dann muß eben der Arbeiter im eigenen Land verschärft ausgebeutet werden. Mittels Inflation und Preistreiberei.

Es ist diese Entwicklung also nicht „Schicksal", sondern Ausbeutung. Wir können uns dagegen durch entschiedenen Kampf zur Wehr setzen. Jede Preiserhöhung muß mit Lohnforderungen beantwortet werden. Entweder man nimmt uns laufend etwas weg und wir dulden das oder wir verteuern auch die Ware Arbeitskraft! Im kapitalistischen System ist nichts anderes möglich, und eine sofortige Abgeltung der Teuerung ist absolut berechtigt.

Die Machthaber wissen, daß die Unruhe in den Betrieben steigt. Die Arbeiter schlucken nicht mehr jedes Betrugsmanöver, deshalb will man von den steigenden Preisen ablenken und spielt die Lohnsteuerfrage hoch. Sicher ist eine Änderung der Lohnsteuerprogression zugunsten der Arbeitnehmer notwendig, aber die hohen Herren reden jetzt von der Lohnsteuersenkung nur deshalb soviel, weil sie sie uns als Ersatz für eine Teuerungsabgeltung anpreisen wollen. Ein Ersatz, der erstens einmal erst 1975 wirksam werden soll, und zweitens dann „Auswirkungen" auf die Lohnerhöhungen haben muß, was im Klartext heißt, daß eventuelle Lohnerhöhungen weit niedriger sein müßten, als es sich die Arbeiter vorstellen.

Kreisky, Androsch, Benya, Schleinzer, Koren, Sallinger und wie die Polit-Schauspieler alle heißen, spielen mit verteilten Rollen wieder ihr Betrugstheater. Sie schlagen sich vor der Öffentlichkeit herum, um zu vertuschen, daß sie im stillen Kämmerlein ja gemeinsam Maßnahmen zum Schaden der arbeitenden Menschen treffen. Komparsen in dieser Komödie sind die rechte FPÖ und die „linke KPÖ", die mit „Forderungen" die Leute verwirren und vom einheitlichen Kampf abhalten sollen. Die ganze Phraseologie, die jetzt wieder von der Bühne schallt, soll uns einen „Kampf der Parteien in unserem Interesse" vortäuschen. Aber das einzig Trennende zwischen den Komödianten ist nur die Gier nach mehr und besseren Plätzen an der Futterkrippe, welche die Arbeiter durch ihre Arbeit füllen sollen.

Die Absicht der kapitalistischen Machthaber ist klar: Sie wollen soviel als möglich Profite aus den Preissteigerungen scheffeln. So lange es geht, sollen daher Lohnerhöhungen hinausgeschoben werden, und die Lohnsteuerreform soll davon ablenken, denn auch sie ist nur als Wahlschlager für 1975 eingeplant, wobei sich niemand von der Jonglierei mit Milliardenbeträgen täuschen lassen soll. Was bei all diesen „Reformen" bisher herausgekommen ist, das war für den einzelnen Werktätigen bestenfalls ein Trinkgeld. Alles, was die Machthaber wollen, ist Zeit gewinnen, denn jeder Monat bringt ihnen Millionen.

Wir revolutionären Arbeiter sagen: Schluß damit! Wir können uns auf die sogenannten „Führer" nicht verlassen, wir müssen selber den Kampf in den Betrieben aufnehmen und nicht darauf warten, bis der Herr Benya etwas tut. Der ist nämlich nur ein guter Partner der Unternehmer, aber kein wirklicher Vertreter der Arbeiter. Und wir dürfen auch nicht hereinfallen auf die Phrasen der ‚K'PÖ-Führer, die ehrliche Mitglieder ihrer Partei und Betriebsräte als Wahlwerber benutzen, um zu Posten und Pfründen zu kommen. Die ‚K'PÖ schickt die Arbeiter ja auch nur im Kreis herum, weil sie sie letzten Endes wieder an Benya verweist.

Wir arbeitenden Menschen müssen in den Betrieben unsere Forderungen formulieren und uns zum Kampf organisieren. Wir müssen unsere Betriebsräte zwingen, unsere Interessen zu vertreten und nicht länger auf das Diktat der Bonzen zu hören. Von diesen Bonzen dürfen wir uns nicht gegeneinanderhetzen lassen, wir müssen erkennen, daß wir Arbeiter alle die gleichen Interessen haben.

Kämpft für Eure Interessen! Wir von der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs machen mit!

O Ich abonniere „für die volksmacht", das Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (erscheint monatlich, meist 16 Seiten stark, Einzelpreis S 3,–) zum Preis von S 30,–.

O Ich abonniere die „rote garde", die Zeitschrift der revolutionären Jugend (erscheint jährlich zehnmal, meist 14 Seiten stark, Einzelpreis S 3,–) zum Preis von S 24,–.

O Senden Sie mir ein Probeexemplar der Zeitschrift „für die volksmacht".

O Senden Sie mir ein Probeexemplar der Jugendzeitschrift „rote garde".

Gewünschtes bitte ankreuzen.

Name:

Anschrift:

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2. P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1200 Wien.

für die volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

Hokuspokus und Nostalgie:



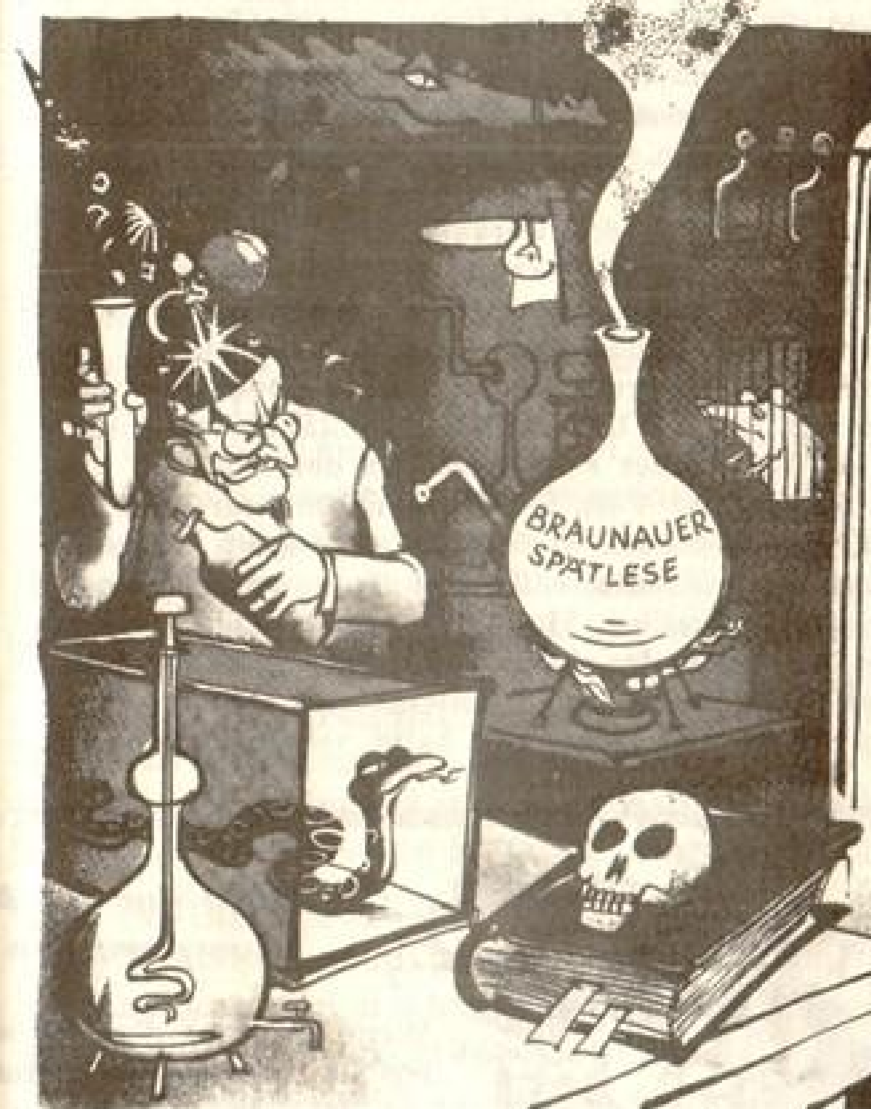
Der Geist aus der Flasche

Eine Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft geht stets Hand in Hand mit allerlei Hokuspokus in den Massenmedien. Okkultismus, Spiritismus, religiöses Sektentum usw. sind groß in Mode. Den oberflächlichen Beobachter mag das höchstens belustigen, tatsächlich steckt aber für die werktätigen Menschen eine Gefahr dahinter, denn die herrschende Klasse produziert diese Volksverdummung ganz bewußt.

Weltweit gesehen steckt die kapitalistische Wirtschaft in einer allgemeinen Krise. Währungschaos, steigende Inflationsraten, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit sagen alles. Was uns kleine und mittlere Bauern betrifft, so wird auf unseren wirtschaftlichen Ruin hingearbeitet. Die Ursachen dafür wären an Hand von Tatsachen wissenschaftlich zu ergründen — mittels des Marxismus. Genau das soll jedoch verhindert werden. Deshalb versuchen Zeitungen, Radio und Fernsehen den arbeitenden Menschen einzugeben, daß „überirdische" oder zumindest „unerklärliche" Mächte schuld sind. Auf keinen Fall sollen wir daraufkommen, daß das kapitalistische System die Ursache allen Übels und aller Nöte ist. Unter der Devise: „Man kann eh nichts machen, das ist eben unser Schicksal", sollen wir alles geduldig ertragen und uns nicht zur Wehr setzen.

Gaukler wie Uri Geller oder Hanussen II wurden aus diesem Grund an die vorderste Massenmedienfront geschickt. Bis vor kurzem war ihr Platz noch auf den Jahrmärkten und in Varietés. Sie dienten der Volksbelustigung und als Attraktion für Kinder. „Kundschaft" für derlei Wahrsager und Zauberer hat es ja schon immer gegeben, welcher mit billigen Tricks das Geld aus der Tasche gezogen wurde. Die Sache ist aber nimmer so harmlos, wenn sich die Massenmedien solcher Gaukler annehmen, denn Radio, Fernsehen und Zeitungen stehen im Dienste des herrschenden Kapitals, das ganz genau weiß, was es will. Wozu die Massenmedien in der Lage sind, wissen wir ja nach der Schranz-Hysterie, der Hamster-Hysterie oder dem Kärntner „Ortstafelkrieg" bereits zur Genüge.

Das Volk wird von den Massenmedien aber nicht nur für das „Übersinnliche" aufgeackert, sondern es wurde auch schon kräftig Nostalgie gesät. Und Nostalgie, das bedeutet Sehnsucht nach dem Vergangenen. Man könnte auch das als reine Geschäftssache abtun, würden die Medien nur Mode oder Schlagermusik nostalgieren. Dem ist aber nicht so.



Mode und Musik sind nur Randerscheinungen. Was dagegen massiv in „Erinnerung" gerufen wird, das ist die Epoche des Hitlerfaschismus. Beweis: Bücher, Zeitschriften, Filme, „Analysen" und „Dokumentationen" über Hitler und das Dritte Reich. Das macht man nun nicht, weil die mörderische Grausamkeit des Hitlerfaschismus in Erinnerung gerufen werden soll. Im Gegenteil. Konzentrationslager und Millionen Tote im imperialistischen Zweiten Weltkrieg werden sozusagen nur als „Fehlleistungen" hingestellt, die auch hätten vermieden werden können. Was groß herausgestellt wird, das ist der „starke Mann", den die Vorsehung geschickt hat als den Retter aus der Not.

Wie gesagt, die kapitalistische Weltwirtschaft geht einer tiefen Krise entgegen. Gleichzeitig durchschauen die Volksmassen immer mehr den Betrug der parlamentarischen Demokratie, sie sehen nur den Ausweg noch nicht, der in der Rebellion gegen dieses System besteht, die wiederum zum Sturz dieses Systems führen muß. Deshalb bereitet sich die Bourgeoisie auf die Anwendung von Gewalt vor. Die Zeit scheint der herrschenden Klasse reif dafür, und es soll sich niemand wundern, wenn große Teile der Bevölkerung, verwirrt vom Trommelfeuer der Massenmedien, der Propaganda erliegen. Das alles ist nichts Neues. In den dreißiger Jahren hat man zuerst den Hanussen I präsentiert und dann geschrien: „Der Jud' ist schuld". Man wird wieder so schreien. Der Nationalismus wurde entfacht, und „Kameltreiber" und „Tschuschen" sind bereits als Ventil für den Volkszorn ausersehen. Für die Misere der kapitalistischen Welt soll eben alles und jeder Schuld tragen, nur nicht der Kapitalismus selbst. Wir Arbeiter, kleine oder mittlere und Bergbauern sollen nicht erkennen, wer wirklich unsere Feinde sind.

Wir revolutionären Arbeiter und Bauern erachten es aber als unsere Pflicht, auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die mit dem allmählichen geistigen Hineinwachsen in den Faschismus verbunden sind. Wir sollten aus der Vergangenheit Lehren ziehen. Hitler und seine Hintermänner (im deutschen Monopolkapital) haben zwar in Deutschland — und nach 1938 auch in Österreich — die Arbeitslosigkeit beseitigt. Aber warum, wie und wozu? Doch nur, weil sie sich auf den imperialistischen Raubkrieg vorbereitet haben. Der Preis, den das deutsche und das österreichische Volk für die wenigen Jahre Vollbeschäftigung zahlen mußte, ist hinlänglich bekannt. Verwüstete Städte, Millionen Tote und Krüppel, zerstörte Familien, Hunger, Not und Elend waren das Ergebnis des hitlerfaschistischen Abenteuers. Daß Hitler damals der Landwirtschaft sein besonderes Augenmerk schenkte, hatte seinen Grund: Er wollte in der Lebensmittelversorgung selbständig sein, koste es was es wolle. Auch wir Bauern mußten den Preis dafür in Form von hunderttausenden toten Bauernsöhnen und Krüppeln zahlen. Getötet und verkrüppelt wurden sie für eine Sache, die nicht die ihre war. Geopfert für das Industrie-, Handels- und Finanzkapital, den Todfeind der Bauern.

Damit es nicht wieder so kommt, ist es für uns Arbeiter, kleine, mittlere und Bergbauern notwendig, die Demagogie und die volksbetrügerischen Machenschaften des nationalen und internationalen Monopolkapitals zu durchschauen. Zu diesen Machenschaften gehören der „übersinnliche" Hokuspokus genauso wie die Nostalgie nach Hitler und Faschismus.

Daß die herrschenden Kapitalisten Fernsehen, Radio und Zeitungen für ihre Absichten verwenden, ist klar. Sie wollen die Massen verwirren und die Verbreitung der Wahrheit verhindern. Man kann das sogar verstehen, denn es geht um ihre Existenz. Die kapitalistische Weltwirtschaft taumelt durch ein Wirrwarr von Widersprüchen zwischen den Volksmassen und dem Monopolkapital, zwischen nationalen und internationalen Monopolisten; Widersprüche herrschen zwischen dem amerikanischen Imperialismus und dem russischen Sozialimperialismus usw. Für den Kapitalismus gibt es daraus keinen Ausweg.

Daß der Kapitalismus untergeht, das ist nur eine Frage der Zeit. Die materiell und geistig unterdrückten Volksmassen erwachen, und wenn sie erst einmal munter sind, lassen sie sich weder durch Hokuspokus noch durch Nostalgie verwirren. Das wissen auch die Ausbeuter, weshalb sie die reaktionäre Gewalt an allen Fronten, auch der geistigen, verstärken. Wenn „alle Stricke reißen", so hat man ein bereits erprobtes Mittel zur Hand, um die Herrschaft des Kapitals aufrechtzuerhalten: den Faschismus. Sollte die Entwicklung dorthin steuern — alle Anzeichen deuten darauf hin —, so kann das Monopolkapital allerdings sicher sein, daß der reaktionären Gewalt einer kleinen Minderheit von Ausbeutern und Parasiten die revolutionäre Gegengewalt der breiten werktätigen Volksmassen entgegenstehen wird. Wir revolutionären Arbeiter und Bauern haben das Monopolkapital als unseren Hauptfeind erkannt. Genauso wissen wir, daß der Faschismus nichts anderes als die mit viel Sozialdemagogie verbrämte „offene Diktatur" des Kapitals ist und die bürgerliche parlamentarische Demokratie nichts anderes als die verschleierte Diktatur des Kapitals. Sobald man den Feind der werktätigen Volksmassen erkannt hat, kann man ihn bekämpfen. Das tun wir.

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7.
Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2. P.b.b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1200 Wien

Wie in China das Rauschgiftproblem gelöst wurde

von Tschi Wen



Im Gefolge des Opium-Krieges von 1840-42 begannen die imperialistischen Mächte, China mit großen Mengen von Opium zu überschwemmen. Allein zwischen 1887 und 1900 brachten sie jährlich 60.000 Tonnen Opium mit einem Wert von mehr als 1.100 Tonnen Silber ins Land. Das brachte den ausländischen Rauschgifthändlern enorme Profite, während das Opiumrauchen eine landesweite Geißel wurde.

Bald nach der Gründung der Volksrepublik 1949 war die Rauschgiftsucht aber völlig ausgerottet. Heute kennt kein Chinese unter 25 Jahren das Opiumrauchen, weil er das Rauschgift noch nie in seinem Leben gesehen hat. Heute ist eine Generation herangewachsen, die körperlich und geistig gesund ist und die Aufgabe auf sich nimmt, die neue sozialistische Gesellschaft aufzubauen.

Im alten China gab es 10 Millionen Opium-, Morphium- und Heroinsüchtige. Im Jahre 1952, dem dritten Jahr nach der Befreiung, war dagegen die Rauschgiftsucht mit Ausnahme der Provinz Taiwan in ganz China ausgerottet.

Opium wurde erstmals in den 70er Jahren des 18. Jahrhunderts durch die Kolonialmächte nach China gebracht. Das chinesische Volk wandte sich entschieden dagegen, aber die imperialistischen Rauschgifthändler bestachen korrupte Beamte, ihnen die Einfuhr oder den Schmuggel großer Mengen Opiums zu ermöglichen. Später griffen die Imperialisten zu Gewalt, um den Opiumhandel auszuweiten und zettelten den Opium-Krieg an.

Nachdem die japanischen Imperialisten 1931 Nordostchina besetzt hatten, begannen sie ein Programm zur Vergiftung des chinesischen Volkes mit Opium, Heroin und anderen Drogen zu verwirklichen. Rauschgiftsucht verbreitete sich noch mehr.

Es gab auch einen großen Rauschgiftring, an dem hohe Kuomintang-Beamte, Ausländer, Gangster und Kaufleute, die schnell reich werden wollten, beteiligt waren. Dieser Rauschgiftring verwendete sogar Flugzeuge und Kriegsschiffe, um das Opium in alle Landesteile zu bringen. Der Chefinspektor der Guangdschouer Polizei war zu jener Zeit ein berüchtigter Rauschgifthändler, und viele Partei- und Regierungsfunktionäre der Kuomintang sowie zahlreiche Militärs waren rauschgiftsüchtig. Im Zusammenspiel mit den Gutsbesitzern zwangen die Kuomintang-Leute die Bauern zum Anbau von Opium-Mohn. Um ihren eigenen Sack zu füllen, besteuerten sie den Mohnanbau sehr hoch.

Nach der Gründung der Volksrepublik betrachtete es die Regierung als eine der wichtigsten Aufgaben, die Rauschgiftsucht zu beseitigen. In Peking sowie in allen Städten und Landkreisen Chinas wurden dazu Anti-Opium-Komitees gegründet. Opiumhöhlen, die man überall im Lande finden konnte, wurden geschlossen und ihren Angestellten andere Beschäftigungen vermittelt. Der Handel mit Narkotika, der für die reaktionären Machthaber eine Quelle des Profits gewesen war, wurde verboten. Und auf Massenversammlungen wurden Opiumpfeifen und Vorräte von Rauschgift verbrannt.

Die Volksregierung erließ Verordnungen zum Verbot des Opiumrauchens, brachte die Handhabung von Suchtgiften unter strenge Kontrolle und unterband den Mohnanbau sowie den Opiumhandel. Heute wird in China Opium nur für medizinische und wissenschaftliche Zwecke verwendet. Herstellung, Lieferung und Gebrauch von Narkotika werden von Gesundheitsämtern kontrolliert und überwacht, und keine andere Regierungsinsti-

tution oder Privatperson darf Suchtgifte herstellen oder jene Pflanzen anbauen, die zur Herstellung von Drogen verwendet werden. Morphium und alle anderen schmerzstillenden Drogen werden einzig und allein von der staatlichen Chinesischen Pharmazeutischen Gesellschaft vertrieben und sind nur gegen ärztliche Verschreibung erhältlich.

Solche strengen Maßnahmen haben sicher zur Lösung des Rauschgiftproblems beigetragen. Aber der wichtigste Faktor für den Erfolg war die umfassende Mobilisierung des Volkes in Massenkampagnen gegen die Rauschgiftsucht. Diese wurden von der Presse kraftvoll unterstützt, an allen Orten wurden Plakate angeschlagen und Agitationsgruppen spielten auf den Straßen kurze Stücke, in denen sie den Menschen in Stadt und Land die Übel des Opiumrauchens vor Augen führten.

Viel Geduld wurde aufgewendet, um die Süchtigen zu überzeugen, sich von ihrer Sucht zu befreien. In regierungseigenen Kliniken wurden sie kostenlos entwöhnt, und die meisten konnten nach 12 Tagen schon aus der Klinik, wo Ärzte und Schwestern sie mit Verständnis und Sorgfalt betreuten, als geheilt entlassen werden.

Wenn sie die Klinik verließen, dann wurden öffentliche Versammlungen abgehalten, um sie zu beglückwünschen. Viele dieser geheilten Rauschgiftsüchtigen wurden später im Kampf gegen Rauschgift zu Aktivisten. Sie erzählten anderen Süchtigen von dem Unheil, welches das Rauschgift bei ihnen angerichtet hatte und redeten diesen zu, von Rauschgift abzulassen. Außerdem halfen diese Aktivisten dabei, illegale Rauschgifthändler ausfindig zu machen.

Die feudalen Kräfte auf dem Lande waren im alten China eng mit dem Mohnanbau und dem Opiumhandel verbunden. Zum Beispiel gab es im Ostteil der Provinz Setschuan einen Kreis, wo das Land der Gutsherren fast völlig mit Mohn bebaut wurde. In ihrer Geldgier stellten diese Landarbeiter an, um Mohn anzubauen oder zwangen ihre Pächter zum Anpflanzen von Opiummohn. Nach ihrer Befreiung und der Landreform begrüßten die Bauern begeistert die Maßnahmen der Regierung gegen die Rauschgiftherstellung und bauten statt Mohn Getreide und industrielle Nutzpflanzen an.

Das chinesische Volk hatte das Joch des Imperialismus, Feudalismus und des bürokratischen Kapitals gestürzt und begonnen, die sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Gesellschaftliche Reformen und das Erwachen der Volksmassen haben dazu beigetragen, das zweihundert Jahre alte Rauschgiftproblem zu lösen. ●

Ein Brief zum Thema Einheit

Es ist offensichtlich, daß es zwischen den verschiedenen Gruppen in Österreich, die wirklich auf dem Boden des Marxismus-Leninismus stehen, Meinungsverschiedenheiten und - zum Teil oft sehr erhebliche - Differenzen gibt. Will man in dieser Situation auf Einheit hinarbeiten, und das halte ich für absolut notwendig, so muß man zuerst um politische, ideologische, theoretische Klarheit kämpfen. Dazu ist eine offene, ehrliche Diskussion notwendig, in der man alle Meinungsverschiedenheiten klar ausspricht.

Lenin hat einmal geschrieben, daß nur Kurzsichtige "die fraktionellen Streitigkeiten und das strenge Auseinanderhalten von Schattierungen für unzeitgemäß und überflüssig halten" können. Das heißt auf uns angewandt nicht etwa, daß wir uns gruppenegoistisch für die "einzig Wahren" halten sollen, sondern es heißt, daß die Marxisten-Leninisten miteinander "streiten", sich "zusammenstreiten" müssen, um sich in gemeinsamer Diskussion Klarheit zu verschaffen.

Eine Erörterung aktueller, aber vor allem programmatischer Fragen muß aber immer mit dem Ziel geführt werden, gemeinsames Auftreten und gemeinsames Handeln anzubahnen. Nur wenn man prinzipienfest an die Frage der Einheit der Marxisten-Leninisten herangeht, kann man im Kampf der zwei Linien die richtige durchsetzen. Tut man das nicht, sondern versucht im Namen der Einheitsbestrebungen alle Widersprüche zu "vergessen", so wird alles herauskommen, nur keine Einheit, die der Arbeiterklasse nützt und die zur revolutionären Partei des Proletariats führt. Darum sollte man zu diskutieren beginnen, was man zu wichtigen aktuellen (z. B. zur Steuerausplünderung) und taktischen Fragen (z.B. zur Frage der Gewerkschaft) zu sagen hat, und was die Marxisten-Leninisten in ihren Anschauungen zu diesen Fragen Gemeinsames haben und was sie trennt. Wenn man das weiß, dann kann man sich auch bemühen, die Differenzen zu klären.

W. F. ●

Die richtige Parole an der falschen Wand:

Der Herr Doktor stieg daneben



Die Hochschulwahlschlacht ist zwar längst geschlagen, doch die Herzen der Kapplstudenten und ihrer Alten Herren bluten immer noch. Was auch kein Wunder ist, hat doch die selbstherrliche bürgerliche ÖSU ihre absolute Mehrheit verloren und ist der Stimmenanteil des rechtsgerichteten RFS von 25 auf 21 % gesunken. Und das, obwohl beide Gruppen zwecks Täuschung der unzufriedenen Wählerschaft ihre Wahlpropaganda bereits mit möglichst fortschrittlich klingenden Phrasen bestritten. Wobei selbst „völkisch" angehauchte Wahlwerber nicht davor zurückschreckten, auch um die Stimmen der (sonst als Tschuschen und Kameltreiber verachteten) ausländischen Studenten zu buhlen.

Dr. Scrinzi, allseits und sattsam bekannter Parlamentarier mit rechter Schlagseite, sprengte nun nach verlorenem Gefecht auf die Wa(h)lstatt und beklagte die überraschenden Erfolge der verschiedenen Linksgruppen. Damit unsere Leser diese Erfolge richtig einordnen können, sei hier erwähnt, daß die stärkste Linksgruppe, die marxistisch-leninistischen Studenten (5 % der Stimmen, 2 Mandate im HA der Universität Wien), vorher noch nie kandidiert hat, ja daß bisher in Österreich überhaupt noch nie eine fortschrittliche Studentenliste mehr als 2 % der Stimmen erreicht hat. Wenn man nun noch bedenkt, daß die österreichische Hochschuljugend bisher schon auf Grund ihrer sozialen Herkunft eher konservativ war — nur 6 oder 7 von 100 Studenten stammen aus Arbeiterfamilien! —, dann ist das Wahlergebnis um so bemerkenswerter.

Was also sagte Dr. Scrinzi, der nationale Recke? Er warf den Linken vor, sie seien für den „Panzerkommunismus". Womit er bewies, daß so mancher Berufspolitiker von der Politik keine Ahnung hat, denn daß ausgerechnet die Marxisten-Leninisten die entschiedensten Gegner der Breschnewschen Panzerdoktrin sind, das sollte sich sogar schon unter den Braunkehlchen herumgezwitschert haben. Nicht einmal auf die trotzkistische GRM (3 % der Stimmen) trifft der Vorwurf zu, sondern einzig und allein auf den revisionistischen KSV (ebenfalls 3 %). Aber lassen wir den Scrinzi jetzt rechts liegen; und die Funktionäre von GRM und KSV — obwohl sie sich ‚links' geben — auch. Um die Wähler dieser beiden ‚Linksgruppen' allerdings sollten wir uns kümmern. Es ist nämlich anzunehmen, daß die meisten von ihnen ehrlich den Fortschritt wünschen, daß sie sich von den scheinrevolutionären Schlagworten der Trotzkisten und Revisionisten täuschen ließen und daß sie für unsere Sache zu gewinnen wären. ●

Solidarität mit dem kämpfenden Kambodscha

Am Freitag, den 22. März fand in Wien eine Solidaritätsdemonstration mit dem kämpfenden kambodschanischen Volk statt. An dieser Demonstration beteiligten sich rund tausend Menschen aus allen Schichten der Bevölkerung. Zur Demonstration hatte eine Aktionseinheit aufgerufen.

Am Tage vorher veranstaltete der KB Wien eine Solidaritätskundgebung im Bayrischen Hof, auf der ein Vertreter der kambodschanischen Befreiungsbewegung einen Bericht über die ausgezeichnete Lage im Volkskrieg brachte. Die Kundgebung war gut besucht und verlief in einer kämpferischen Atmosphäre.

Im folgenden drucken wir die Rede des Vertreters der VRA auf der Demonstration ab:

„Wir demonstrieren heute unsere Solidarität mit dem heldenhaft kämpfenden kambodschanischen Volk, das gegen eine Putschregierung kämpft, die Kambodschas nationale Unabhängigkeit verraten und verkauft und das Land zu einem Stützpunkt des amerikanischen Imperialismus gemacht hat. Das faschistische Lon-Nol-Regime, das vor



Die Schraffierung zeigt das ungefähre Ausmaß der befreiten Gebiete, ist aber schon wieder veraltet. In den ersten Apriltagen 1974 sind die Roten Khmer bereits bis in die Hafenstadt Kampot vorgedrungen.

4 Jahren mit Hilfe des amerikanischen Geheimdienstes durch einen Putsch an die Macht gekommen ist, hatte die Aufgabe, die Einheitsfront der gegen den amerikanischen Imperialismus kämpfenden Völker zu spalten. Das Ziel war, die unvermeidliche Niederlage des US-Imperialismus in Indochina doch noch aufzuhalten.

Wie sich die Dinge tatsächlich entwickelt haben, ist bekannt. Der amerikanische Imperialismus hat in Indochina eine schwere Niederlage bezogen und die verräterische Lon-Nol-Clique in Kambodscha steht vor ihrem endgültigen Sturz. Die Kämpfer der Befreiungsstreitkräfte haben die Volksfeinde schwer geschlagen und deren verbliebene Truppen in den größeren Städten eingekreist. 90 Prozent des Territoriums Kambodschas mit weit über zwei Drittel der Bevölkerung sind bereits von der Verräterherrschaft befreit. Und dort, wo die Lon-Nol-Bande noch die Macht ausüben kann, wächst der Widerstand der Bevölkerung gegen das korrupte Regime immer mehr. Unter den Truppen Lon Nols gehören Meutereien zur Tagesordnung und täglich steigt die Zahl der Soldaten, die auf die Seite der Befreiungsbewegung übergehen. Es ist also eine ganz ausgezeichnete Lage für das heldenhafte kambodschanische Volk.

In dieser Situation versucht der US-Imperialismus durch verstärkten Einsatz von Waffen und Geld das Lon-Nol-Regime am Leben zu erhalten. Gleichgültig in welcher Form immer die amerikanischen Imperialisten dabei auftreten: Es ist imperialistische Aggression, der auch wir in Österreich den Kampf ansagen. Schluß mit der amerikanischen Einmischung in Kambodscha! Und wir werden und müssen unsere Solidarität so lange und in verstärktem Maße erweisen, bis das kambodschanische Volk endgültig gesiegt hat.

Indem wir diese Solidarität erweisen, erfüllen wir die internationalistische Verpflichtung eines jeden Volkes. Wir treten damit aber gleichzeitig für die Interessen der überwiegenden Mehrheit des österreichischen Volkes ein. Denn die Welt heute ist gekennzeichnet von den Weltherrschaftsansprüchen des amerikanischen Imperialismus und der russischen Sozialimperialisten. Auf der einen Seite arbeiten sie zusammen, um die in zunehmendem Maße rebellierenden Völker zu unterdrücken, auf der anderen Seite stehen sie im schärfsten Konkurrenzkampf gegeneinander, wie es ihrem Wesen eben entspricht. Sie und ihre Pläne sind für die Unruhe auf unserer Erde verantwortlich. Es ist ganz klar, daß Österreich von diesen Plänen nicht unberührt bleiben kann. Je früher wir dokumentieren, daß wir ebenfalls bereit sind, uns gegen imperialistische Bevormundung und Unterdrückung zur Wehr zu setzen, desto stärker wird unsere Position gegenüber den Supermächten. Das muß sich aber auch in der Politik dokumentieren, die von der österreichischen Regierung durchgeführt

wird. Es muß deshalb Schluß gemacht werden mit der Politik der Liebedienerei gegenüber den beiden Supermächten. Ein Schritt dazu ist die Anerkennung der Regierung der Nationalen Eintracht Kambodschas und der Abbruch der Beziehungen zum faschistischen Lon-Nol-Regime. Österreich muß ebenfalls dafür eintreten, daß die legitimen Rechte Kambodschas in der UNO wiederhergestellt werden, das heißt, der Vertreter Lon Nols muß auch aus der UNO hinausgeschmissen werden. Das sind unsere Forderungen an die österreichische Regierung! Und wir werden einen beharrlichen Kampf für ihre Durchsetzung führen.

Zwischen dem heldenhaften Kampf des kambodschanischen Volkes und den Interessen der Bevölkerung Österreichs besteht über tausende Kilometer hinweg ein untrennbarer Zusammenhang. Nach Vietnam und Laos dokumentiert sich in Kambodscha jetzt wieder, daß auch ein kleines Land gegenüber der Aggression eines großen siegreich bestehen kann, wenn das Volk gewillt ist, im gerechten Kampf beharrlich auszuharren. Die Siege der indochinesischen Völker gegen den US-Imperialismus sind zum leuchtenden Fanal für alle Völker der Erde geworden, die um Freiheit und Unabhängigkeit kämpfen. Sie sind ein entscheidender Faktor dafür gewesen, daß heute die Hauptströmung in der Welt die Revolution ist. Sich zu diesem Weg zu entschließen, ist in jeder Hinsicht auch für das österreichische Volk notwendig. Der Kampf des kambodschanischen Volkes hilft auch dem österreichischen Volk. Deshalb erklären wir: Vollste Unterstützung diesem Kampf! Nieder mit dem US-Imperialismus! Nieder mit der faschistischen Lon-Nol-Diktatur! Es lebe der heldenhafte Kampf des kambodschanischen Volkes, Sieg im Volkskrieg! Hoch die internationale Solidarität!"

Zu Beginn der Demonstration vor dem AEZ und auf der Abschlußkundgebung auf dem Wallensteinplatz im 20. Bezirk verlangten die Redner anderer Organisationen die Anerkennung der Regierung Sihanouks durch die österreichische Bundesregierung. Sie betonten, daß Österreich immer noch diplomatische Beziehungen mit dem illegalen Regime Lon Nols aufrechterhält und damit die Aggressionspolitik des amerikanischen Imperialismus unterstützt. Das liegt aber nicht im Interesse der arbeitenden Menschen Österreichs. Denn in ihrem Interesse ist es, daß alle Völker und Nationen ihr Schicksal frei und ohne äußere Einmischung selbst bestimmen können.

Weiters wurde festgestellt, daß Solidarität mit dem Kampf der Völker gegen Imperialismus und Sozialimperialismus bedeutet, daß die arbeitenden Menschen gegen "ihre" eigenen Kapitalisten und Imperialisten den Klassenkampf führen.

Auch nach der Demonstration muß die Propaganda für den gerechten Kampf des kambodschanischen Volkes fortgesetzt werden – bis zu seinem vollen Sieg, bis zur Errichtung der Volksmacht in ganz Kambodscha.

★

Die Trotzkisten zeigten auch auf dieser Demonstration deutlich ihre Rolle als bürgerliche Pseudo-Revolutionäre. Diese Herren, die von "kämpferischen" Demonstrationen schwätzen, verbreiteten in ihrer Rede auf der Demonstration schwärzesten Pessimismus. Die Lage in Kambodscha sei



zwar ausgezeichnet, aber die Solidaritätsbewegung in aller Welt sei äußerst schwach. Das war der Grundgedanke der ganzen Rede der Trotzkisten. Anstatt zur Solidarität und Unterstützung des gerechten Kampfes des kambodschanischen Volkes aufzurufen, legte die GRM ihr Hauptaugenmerk darauf, der versammelten Menschenmenge mitzuteilen, daß die Solidarität mit Kambodscha schwach, schwächer und am schwächsten sei. Wirklich eine "revolutionäre" Perspektive. ●